

Staatskanzlei*Information*

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch*

Medienmitteilung**Ja, aber zur Totalrevision der Verordnung über die Beiträge für Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogramme der EU**

Solothurn, 2. Juni 2015 - Der Regierungsrat unterstützt in seiner Vernehmlassungsantwort an das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) die Totalrevision der Verordnung über die Beiträge für Schweizer Teilnahmen an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU sowie für das Schweizer Haus in Paris. Er kritisiert aber, dass die Verordnung stellenweise zu offen formuliert ist und regt einige Umformulierungen an.

Nach der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative muss die Schweiz den Austausch mit der EU im Bereich der Bildung neu regeln, da die EU die Schweiz seither als Drittstaat behandelt.

Um den Austausch von Lernenden, Studierenden und Dozierenden im Bereich der Ausbildung, aber auch in der Forschung weiterhin aufrechterhalten zu können, soll die vorgelegte Verordnung die entstandenen Regelungslücken wieder schliessen (Nicht-Assoziierung als Erasmus+ Partnerin, Nicht-Beteiligung an Forschungsprogrammen).

Der Regierungsrat begrüsst die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung und Forschung und unterstützt vor diesem Hintergrund die Totalrevision der Verordnung.

Er kritisiert aber, dass die Verordnung stellenweise zu offen formuliert ist und regt einige Umformulierungen an.

Weitere Auskünfte erteilt:

Eugen Blümli, Abteilungsleiter Hochschulen, Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen, 032 627 27 28